

Protokoll Nr. 22 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Vahr am 16.11.2021 in der Aula der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:45 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat | Herman Assmann
Eva Früh
Petra Hoya
Kathrin Lammel
Eva Mahler
Jörg Schoolmann
Nikolai Simson | Jens Emigholz
Dr. Tim Haga
Margret Kößling-Schumann
Ulrich Maas
Oliver Saake
Bernd Siegel |
| b) vom Ortsamt | Ralf Möller
Thomas Berger | |
| c) Gäste | Dirk Stöver (WiN-Quartiersmanager Neue Vahr)
Birthe Höltje (Amt für Soziale Dienste Vahr/ Schwachhausen/ Horn-Lehe) | |

Die Tagesordnung wird einvernehmlich geändert:

- Der bisherige TOP 6 „Schließung Postfiliale Berliner Freiheit“ wird als TOP 3 vorgezogen;
- die bisherigen TOPs 3 (Vergabe der Mittel für die Offene Jugendarbeit“) und 4 („Vorstellung des Jugendausschusses Vahr“), jetzt TOPs 4 und 5, werden getauscht;
- als neuer TOP 7 wird „Anpassung der Schuleinzugsgrenzen – Härtefallregelung für Geschwisterkinder“ aufgenommen.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung genehmigt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 21 am 12.10.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Der Leiter der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee erkundigt sich, wann die gefährliche Situation an der Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße weiter behandelt werde? Außerdem weist er darauf hin, dass vermehrt Lkws, deren Ziel das Mercedes Benz-Werk in Hemelingen sei, über die Kurt-Schumacher-Allee verkehrten.

Ralf Möller erwidert, dass der Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 07.12.2021, 18 Uhr, an der genannten Kreuzung zu einem öffentlichen Ortstermin zusammenkommen werde. Zu diesem Termin seien Vertreter*innen des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV), der Polizei, der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) und des Landesbehindertenbeauftragten eingeladen. Das Mercedes Benz-Werk sei bereits darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass zunehmend Lkw-Transporte abseits des Lkw-Führungsnetzes erfolgten. Es habe zugesichert, die beauftragten Speditionen auf die Nutzung des Lkw-Führungsnetzes hinzuweisen.

Eine Anwohnerin des Johanna-Kirchner-Wegs beklagt, dass in der Straße keine Grünpflege erfolge.

Ralf Möller sichert zu, dass das Ortsamt den Sachverhalt klären werde.

Anschließend stellen sich Dr. Patrick Alexander Lis als neuer Leiter des Polizeikommissariats Präsidium sowie Volker Fahlbusch vor, der seit Juli 2021 die Abteilung Ost leitet mit den Polizeirevieren Vahr, Schwachhausen und Horn.

Mitteilungen des Beiratssprechers

Bernd Siegel berichtet, dass der Weser Kurier gestern darüber berichtet habe, dass in der August-Bebel-Allee auf Grund der dort verkehrenden Buslinie 24 kein Tempo 30 eingerichtet werde. In der Vergangenheit habe sich der Beirat wegen der dortigen Kindertagesstätten mehrfach für Tempo 30 auf der August-Bebel-Allee ausgesprochen, allerdings bislang ohne Erfolg. Jedoch sollen seines Wissens die Straßenzüge, für die die Beiräte Tempo 30 wünschten, nochmals von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) zusammen mit den Beiräten betrachtet werden. Bislang habe sich SKUMS jedoch nicht mit dem Beirat Vahr in Verbindung gesetzt. Er wolle dies nicht hinnehmen und hoffe auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Da sich vor den Selbstbedienungsautomaten der Sparkasse Bremen im Einkaufszentrum Berliner Freiheit vermehrt lange Schlangen bildeten, bitte er das Ortsamt, an den Vorstand der Sparkasse einen Brief zu richten, um sich für zusätzliche Automaten ebenso einzusetzen wie für Mitarbeitende, die die Menschen bei der Nutzung der Automaten beraten könnten. Die Sparkasse habe die Zahl der Selbstbedienungsautomaten verringert bzw. die bislang getrennten Kontoauszugs- und Überweisungsgeräte zusammengefasst, um die Kund*innen dazu zu motivieren, ihre Bankgeschäfte vermehrt online zu erledigen. Aber nicht alle Kund*innen kämen damit zurecht, das spiele in der Vahr eine größere Rolle als andernorts. Der Beirat unterstützt den Vorschlag.

Außerdem informiert Bernd Siegel, dass der Beirat Schwachhausen überlege, dem Beirat Vahr neuerlich den Betrag von € 5.000 aus seinen Globalmitteln zu überlassen.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Ralf Möller teilt mit, dass

- das Impf-Angebot am 27./ 28.10.2021 von 340 Menschen genutzt worden sei. Auf Nachfrage des Orsamtes habe das Impfzentrum zugesagt, dass weitere Impftermine folgen würden;
- sich nach Aussage der Bremer Bäder die Öffnungsregeln des Vitalbads bis Ende des Jahres nicht änderten. Das heiße, es bleibe zunächst bei der 3G-Regelung und den Einschränkungen für die Öffentlichkeit. Voraussichtlich würden die Bremer Bäder in der Beiratssitzung im Januar 2022 vorstellen, wie sie weiter verfahren werden;
- SKUMS für eine Stellungnahme zu den Beiratsbeschlüssen der vergangenen Sitzung (Baumersatzpflanzungen im öffentlichen Raum, Baumstandortverbesserungen, Transparenz bei Leistungsverträgen öffentlicher Stellen) um eine Fristverlängerung bis 30.11.2021 gebeten habe;¹
- anlässlich des Zensus 2022 Begehungen in der Vahr stattfinden, um in Vorbereitung des eigentlichen Zensus im kommenden Jahr Anschriften zu prüfen. Die Mitarbeiter*innen des Statistischen Landesamtes könnten sich auf Nachfrage ausweisen;
- am 14.12.2021 im Bremer Rathaus eine Feier zu 75 Jahren Bremer Ortsämter und Beiräte stattfinden, zu der eine Einladung der Senatskanzlei an die Beiratsmitglieder folgen werde;
- am morgigen Mittwoch, 17.11.2021, ab 15.30 Uhr eine Stadtteilbegehung durchgeführt werde, um Bedarfe für zusätzliche Ausstattungselemente (z.B. Abfallbehälter, Bänke, Baumschutz) und zusätzliche Pflege-/ Reinigungsintervalle zu ermitteln. Treffpunkt sei am Spielplatz Vahrer See.

TOP 2: Programme "Wohnen in Nachbarschaften" (WiN), "Soziale Stadt" und "Lokales Kapital für soziale Zwecke" (LOS)

Dirk Stöver stellt zunächst zwei WiN-Projekte des Schulvereins der Grundschule Witzlebenstraße und des Bürgerzentrums Neue Vahr vor, die im Dezember 2021 beginnen bzw. im Januar 2022 fortgesetzt werden sollen. Von dem zuletzt noch vorhandenen Budget von etwa € 5.000 verblieben dann noch einige Hundert Euro.

¹ Für die genannten Beschlüsse der vergangenen Sitzung siehe das [Protokoll Nr. 21](#) (TOPs 4, 5 und 6) sowie die Anlagen [Antragsentwurf Baumersatzpflanzungen](#), [Antragsentwurf Baumstandortverbesserungen](#) und [Auszug Präsentation Leistungsbeauftragungen öffentlicher Stellen](#).

Anschließend stellt Dirk Stöver acht Projekte vor, die Teil der bislang vorliegenden Planung für 2022 seien.² Für die acht Projekte in 2022 seien zusammen € 76.670 veranschlagt. Für die Erarbeitung weiterer Projekte werde es im Januar oder Februar 2022 einen gemeinsamen Workshop geben. Insgesamt ständen für 2022 € 150.000 zur Verfügung, angemeldet seien bislang aber Projekte im Umfang von € 176.000.

Auf Nachfrage erwidert Dirk Stöver, dass die Projekte zunächst bis zu einem Jahr laufen könnten und anschließend auch verlängert werden könnten.

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

Oliver Saake und Bernd Siegel bedanken sich bei Dirk Stöver für dessen Engagement und verdeutlichen, wie wichtig die WiN-Fördermittel für den Stadtteil seien.

TOP 3: Schließung der Postfiliale Berliner Freiheit

Ralf Möller weist zunächst darauf hin, dass zu diesem TOP ein Antragentwurf vorliege.³ Anschließend berichtet er, dass sich die Postbank von dem Standort Berliner Freiheit zurückziehen wolle. Da sie Eigentümerin der Immobilie sei, werde dies auch die Dienstleistungen der Deutschen Post AG betreffen, deren Mietvertrag sei gekündigt worden. Die Deutsche Post strebe eine Schließung der Filiale spätestens zu Mitte 2022 an. Da die Filiale sehr gut angenommen werde, sei dieses Vorhaben nicht im Interesse des Stadtteils. Bislang habe die Deutsche Post nur vage angedeutet, dass sie mit möglichen Vertragspartner*innen im Gespräch sei, die stattdessen Dienstleistungen vor Ort anbieten könnten.

Ein Vahrer Bürger erklärt, dass das Vorhaben ein Skandal sei. Ähnlich sei die Deutsche Post bereits in Tenever und Blockdiek verfahren, dort fänden sich nur noch behelfsmäßige Poststellen. Das sei angesichts der umfangreichen Kundschaft nicht ausreichend, es bildeten sich regelmäßig lange Schlangen.

Jens Emigholz erinnert daran, dass das Zentren- und Nahversorgungskonzept die zentrale Bedeutung der Berliner Freiheit für den Stadtteil Vahr betone. Das liege auch an der bislang vorhandenen Filiale der Deutschen Post, die auch Dienstleistungen für die Postbank anbiete. Ein Weggang von Postbank und Deutscher Post würde den Standort massiv schädigen. V.a. die Postdienstleistungen müssten erhalten bleiben. Der Beirat solle sich deshalb mit Nachdruck gegen das Vorhaben wenden und auch den Bremer Senat auffordern, ggf. einen anderen Anbieter für diese Dienstleistungen zu finden.

Ulrich Maas bedauert das Vorhaben der Deutschen Post sehr. Wie Jens Emigholz gehe er davon aus, dass dies den Standort schädige. Er habe das Center-Management des Einkaufszentrums Berliner Freiheit angefragt, dieses habe noch keinen Kontakt zu vorhandenen Läden aufgenommen, die eventuell Postdienstleistungen übernehmen könnten. Für die Kund*innen der Postbank müssten zumindest Selbstbedienungs-Terminals (SB-Terminals) erhalten bleiben.

Auch Dr. Tim Haga zeigt sich entsetzt. Betriebswirtschaftlich möge dieser Schritt verständlich sein, aber aus mehreren Gründen sei dieser Standort für den Stadtteil wichtig. In der Vahr seien bei Post- und Postbank-Dienstleistungen mehr Menschen auf den persönlichen Kontakt und auf Beratung angewiesen, viele nutzten kein Online-Banking. Selbst eine Packstation sei kein hinreichender Ersatz, da die Bedienung ein Smartphone voraussetze.

Bernd Siegel erwartet ortsnahe Alternativen im Einkaufszentrum Berliner Freiheit. Die erforderliche Beratung müsse gewährleistet werden. Der Beirat müsse sich hier mit klaren Forderungen positionieren, deshalb halte er den vorliegenden Antrag für gut. Auch der Bremer Senat müsse in dieser Angelegenheit angesprochen werden.

Jörg Schoolmann bezweifelt den betriebswirtschaftlichen Sinn des Vorhabens, schließlich handele es sich um eine sehr gut angenommene Filiale. Postdienstleistungen „nebenbei“ in vorhandenen Geschäften unterzubringen, halte er für schwierig. Ansonsten schließe er sich den Forderungen seines Vorredners an.

Nicolai Simson erklärt, dass die Deutsche Post mit dem Vorhaben gegen das [Postgesetz](#) verstoße. Deshalb plädiere er dafür, dass deren Vertreter*innen vor dem Beirat das Vorhaben

² Die WiN-Projekte der Grundschule Witzlebenstraße und der Elterninitiative Philipp-Scheidemann-Straße sind der **Anlage 1a** zu diesem Protokoll zu entnehmen, die WiN-Planung für 2022 der **Anlage 1b**.

³ Der Antragsentwurf ging den Beiratsmitgliedern vorab zu und ist als **Anlage 2a** diesem Protokoll angefügt.

begründen sollen, denn die Postdienstleistungen seien wichtig.

Bernd Siegel wendet hiergegen ein, dass zunächst die Gespräche der Deutschen Post und deren Ergebnisse abgewartet werden sollten. Nicolai Simson schließt sich dieser Sichtweise an.

Anschließend verliert Ralf Möller den Antrag und dessen Begründung.

Jens Emigholz und Ulrich Maas schlagen folgende Änderungen vor:

- In Absatz 2 soll das Wort „soll“ durch „muss“ ersetzt werden;
- in Absatz 4 soll neben den Geldautomaten auch den Erhalt der SB-Terminals gefordert werden.

Ralf Möller lässt über den entsprechend geänderten Antrag abstimmen: Er wird vom Beirat einstimmig angenommen.⁴

TOP 4: Vorstellung des Jugendausschusses Vahr

Vertreter*innen der Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie der beiden Oberschulen in der Vahr gehen kurz auf die Angebote der Ev. Kirchengemeinde Neue Vahr, der Oberschulen Julius-Brecht-Allee (JBA) und Kurt-Schumacher-Allee (KSA), Rotes Haus (Deutsches Rotes Kreuz), der „Bude“ (AWO), des Jugendfreizeitheims Vahr, des Bürgerzentrums Neue Vahr und von Vaja e.V. ein und stellen ansonsten zu einer späteren Sitzung eine Präsentation der gemeinsamen Arbeit in Aussicht.⁵

Abschließend unterstreichen Ralf Möller und Kathrin Lammel die große Bedeutung des Jugendausschusses als gut funktionierendem Netzwerk in der Vahr.

TOP 5: Vergabe der Mittel für die Offene Jugendarbeit (OJA) mit Bericht der Jugendeinrichtungen

Eingangs berichtet Birthe Höltje, dass der Mitteleinsatz für 2021 erhöht worden sei. Das habe die Möglichkeit eröffnet, viele einzelne Projekte zu ermöglichen, so u.a. die Ferienprojekte, die Kinder und Jugendlichen einen Ausgleich für die Einschränkungen der Corona-Pandemie verschaffen sollten. Sie bedanke sich bei den Kinder- und Jugendeinrichtungen für deren Engagement.

Vertreter*innen der Einrichtungen teilen mit, dass die angebotenen Ferienprojekte schnell ausgebucht gewesen seien bzw. sehr gut angenommen worden seien, obwohl es eine Vielzahl von Angeboten gegeben habe. Zwischenzeitlich seien die regelmäßigen Gruppenangebote wieder aufgenommen worden, die während der Zeiten, in denen durch die Corona-Pandemie starke Einschränkungen gegolten hätten, nicht durchgeführt worden seien. Zu Zeiten starker Einschränkungen sei die Beziehungspflege zu den Kindern und Jugendlichen schwierig geworden, diese seien z.T. sehr verunsichert gewesen. Manche Angebote seien in den Außenbereich verlegt worden, um sie zu ermöglichen.

Birthe Höltje setzt ihre Ausführungen mit dem Hinweis fort, dass 2022 ein Budget in vergleichbarer Höhe zur Verfügung stehen werde, € 488.000.⁶ Nach Abzug von € 22.767 für überlassenes Personal seien an institutioneller Förderung € 436.062 für die drei Jugendeinrichtungen Jugendfreizeitheim Vahr (Träger: Bremer Erziehungshilfe (BEH)), Rotes Haus (Deutsches Rotes Kreuz (DRK)) und Bude (AWO Bremen) vorgesehen sowie € 28.340 für Projektförderungen des Bürgerzentrums Neue Vahr, der Ev. Gemeinde Neue Vahr und der aufsuchenden Jugendarbeit von Vaja e.V. Es verblieben Restmittel von € 869. Gegenüber den beantragten Mitteln hätten damit alle drei Jugendeinrichtungen etwa € 1.000 abgetreten.

An Integrationsmitteln stünden zusätzlich € 11.373 zur Verfügung. Diese würden vorrangig für Ferienangebote genutzt werden.

Zusammenfassend hält Birthe Höltje fest, dass „keine großen Sprünge“ mehr möglich seien. Der Erhöhung des Etats stünden Mehrkosten durch Tarifierhöhungen gegenüber. Auch für 2023 werde sich der Etat nicht erhöhen, obwohl neuerlich Tarifierhöhungen zu erwarten seien.

⁴ Die beschlossene Fassung des Antrags ist als **Anlage 2b** diesem Protokoll angefügt.

⁵ Der Jugendausschuss Vahr hat einen Flyer veröffentlicht, der die einzelnen Einrichtungen vorstellt. Dieser ist auf der [Homepage des VAHReports](#) abrufbar.

⁶ Eine Übersicht zu den Mitteln für die offene Jugendarbeit ist der **Anlage 3** zu entnehmen.

Bernd Siegel bedankt sich für die Arbeit von Birthe Höltje und erinnert daran, dass der heutige Umfang des Integrationsbudgets nur auf Betreiben des Beirats zustande gekommen sei, ursprünglich habe sich das Integrationsbudget für die Vahr lediglich auf € 2.000 belaufen.

Der Beirat stimmt der vorgestellten Mittelvergabe einstimmig zu.

Abschließend weist Birthe Höltje darauf hin, dass 2022 Qualitätsdialoge mit den einzelnen Einrichtungen zu führen seien. Daraus werde sich dann eine Neuauflage des Stadtteilberichts für die Kinder- und Jugendarbeit ergeben.

TOP 6: Globalmittelvergabe

Eva Mahlerlert weist zunächst darauf hin, dass noch etwa € 7.258 zur Verfügung ständen. Anschließend erläutert sie zwei Anträgen der Elterninitiative Spielplatz Philipp-Scheidemann-Straße und des Kath. Gemeindeverbund Kita St. Hedwig und schlägt vor, den Anträgen in der gewünschten Höhe stattzugeben.⁷ Es verblieben etwa € 5.212 für eine weitere Vergaberunde.

Ralf Möller lässt über beide Anträge zusammen abstimmen: Der Beirat stimmt beiden Anträgen einstimmig zu.

TOP 7: Anpassung der Schuleinzugsgrenzen – Härtefallregelung für Geschwisterkinder⁸

Ralf Möller weist darauf hin, dass zu diesem TOP ein Antragsentwurf der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vorliege.⁹

Zunächst berichtet er allerdings, dass die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) heute hierzu Folgendes mitgeteilt habe:

„Laut § 6 Absatz 3 Bremisches Schulverwaltungsgesetz werden Kinder, die ab dem folgenden Schuljahr schulpflichtig sind, im Rahmen der festgesetzten Aufnahmekapazität in der Grundschule aufgenommen, in deren Einzugsbezirk sie wohnen (Anmeldeschule).

Auf Antrag gleichrangig aufgenommen werden aus anderen Einzugsbezirken

- Härtefälle oder
- Geschwisterkinder, deren älteres Geschwisterkind der Grundschule zugewiesen wurde oder die aufgrund einer Änderung des Einzugsbezirks nicht mehr als Kinder aus dem Einzugsbezirk gelten.

Das bedeutet, dass die Geschwisterkinder auf Antrag gleichrangig an der Schule an der Paul-Singer-Straße aufgenommen werden können.“

Oliver Saake räumt ein, dass die Information von SKB der Forderung des Antrags entspreche. Deshalb ziehe er den Antrag zurück. Er betont, dass lange Zeit eine derartige Regelung zu Gunsten von Geschwisterkindern nicht bestanden habe. Aktuell kämen Geschwisterkinder auch nur dann zum Zuge, wenn an der gewünschten Schule Plätze zur Verfügung ständen. Nach wie vor bemängelt er, dass bei der zeitlich befristeten Änderung der Schuleinzugsgrenzen die betroffenen Eltern nicht gehört worden seien. Er lege Wert darauf, dass dies in Zukunft anders werde.

Jens Emigholz ergänzt, dass in der Vahr die Gefahr bestehe, dass Eltern die Möglichkeit eines Härtefallantrags nicht wahrnehmen.

TOP 8: Verschiedenes

Ralf Möller berichtet, dass die nächste Beiratssitzung nicht wie vorgesehen am Dienstag, 14.12.2021, stattfinden werde, weil an demselben Abend im Rathaus eine Feier zum 75-jährigen Bestehen der Ortsämter und Beiräte stattfinden werde (s.o.), an der die Beiratsmitglieder teilnehmen können müssten. Er schlägt deshalb vor, die Beiratssitzung auf Montag, 13.12.2021,

⁷ Eine Übersicht zur Globalmittel-Vergabe in der 3. Vergaberunde ist der **Anlage 4** zu entnehmen. Es handelt sich um die beschlossene Fassung.

⁸ Der Beirat Vahr hatte in der Sitzung am 21.09.2021 eine zustimmende Stellungnahme zu der von der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) für das Schuljahr 2022/ 23 vorgeschlagenen Änderung der Schuleinzugsgrenzen zwischen den Grundschulen in der Vahr und Paul-Singer-Straße abgegeben, aber dabei u.a. gefordert, dass betroffene Geschwisterkinder im Rahmen einer Härtefall-Regelung die Grundschule des älteren Geschwisters besuchen können müssen; siehe [Protokoll Nr. 20](#) (TOP 6) sowie die Anlage [Anschreiben SKB zur befristeten Änderung der Schuleinzugsgrenzen](#).

⁹ Der Antragsentwurf ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

vorzuziehen.

Der Beirat erhebt keine Einwände.

Anschließend gibt Margret Kößling-Schumann bekannt, dass sie ihr Mandat mit dem heutigen Tag niederlege.

Petra Hoya und Dr. Tim Haga bedanken sich für die Fraktion der CDU für das langjährige Engagement von Margret Kößling-Schumann. Dem schließen sich Bernd Siegel für den Beirat und Ralf Möller für das Ortsamt an.

Sprecher

Vorsitzender

Protokoll

Siegel

Möller

Berger